

Zehn Jahre Linkspartei

Wie weiter: Gegenmachtstrategie oder Mitregieren

Ekkehard Lieberam

Am 16. Juni 2017 jährt sich die Gründung der Partei Die LINKE zu zehnten Mal. Dem Fusionsparteitag waren nach zweijährigen Verhandlungen von Funktionsträgern beider Parteien getrennte Parteitage der im Dezember 1989 aus der SED hervorgegangenen PDS (zunächst SED – PDS) und der am 7./8. April 2005 gegründeten Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit (WASG) vorausgegangen. Beide hatten bereits am 18. September 2005 unter den Namen Linkspartei.PDS und den Spitzenkandidaten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an den vorgezogenen Bundestagswahlen teilgenommen und 8,7 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Die politische Bedeutung der WASG wie auch die Chance einer großen Partei links von der SPD auch in Westdeutschland war nach den Landtagswahlen am 22. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen deutlich geworden: Die PDS hatte 0,9 Prozent der Stimmen und die WASG 2,3 Prozent erhalten.

Die Vorgeschichte der Fusion (PDS-Geschichte, Ausscheiden der PDS 2002 aus dem Bundestag, Protestbewegungen seit 2004 gegen die Agenda 2010, Krise und Riesenwahlverluste der SPD) und die Entwicklung der LINKEN selbst, auch ihr widersprüchliches Erscheinungsbild im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017, vermitteln wichtige Erkenntnisse der Probleme und Gefahren, mit denen eine kämpferische linke Partei heute konfrontiert ist. Sie bestätigen in eindringlicher Weise die Abhängigkeit der linken Parteiengeschichte von gesellschaftlichen Bewegungen und Stimmungen. Sie machen deutlich, dass es strukturelle Gründe für die zu beobachtende Tendenz zur Anpassung an die Regierenden gibt. Mit den Wahlerfolgen und den Einzug in die Parlamente entwickelt sich eine Sozialschicht aus Abgeordneten, Parlamentsmitarbeitern, Partei- und Stiftungsangestellten mit eigenen Interessen, die sich von den Interessen der Lohnarbeiter unterscheiden.

Die Geschichte der PDS wie auch der LINKEN bestätigt so Erkenntnisse, wie sie Wolfgang Abendroth in den fünfziger und sechziger Jahren bei der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von einer Oppositionspartei hin zu einer Staatspartei untersucht und aufgezeigt hat.¹ Glaubwürdigkeitsverluste, die Unwilligkeit zur kritischen Analyse der eigenen Politik oder das Mitmachen beim anhaltenden Illusionstheater ums Mitregieren werden durchschaubarer.

Selbst eine Kenntnis dieser Trends und Gefahren, bietet aber offenbar keine Gewähr dafür, sie abzuwehren. Linke Parteiführungen auf Anpassungskurs haben etwas dagegen, dass ihr politisches Handeln Objekt einer kritischen Analyse und Bewertung wird. Innerparteiliche Demokratie ist wichtig, aber oft nur ein schwaches Gegenmittel gegen Opportunismus.

Geburtshelfer: Protestbewegung gegen die Agenda 2010

In den Jahren 2002 ff. gab es auf neue Weise und aus unterschiedlichen Gründen ein gesellschaftliches Bedürfnis nach einer kämpferischen Linkspartei. Es war die Zeit, da die neoliberale Kapitaloffensive gegen die abhängig Arbeitenden heftige Formen annahm. Unter

¹ Wolfgang Abendroth kommt in seiner Geschichte der SPD zu dem Ergebnis: „Nun war der reale Träger der Integrationsideologie geboren, eine neue Sozialschicht der Partei (einschließlich ihrer sozialdemokratischen Repräsentanten) und der Arbeiterverbände (vor allem der Gewerkschaften und der Genossenschaftsverbände). Sie war an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei interessiert. und dachte konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinaus denken zu wollen und zu können.“ Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, in: Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, Bonn 2006, CD-Rom, S. 42.

Bundeskanzler Gerhard Schröder kam es nach dessen Wiederwahl am 22. Oktober 2002 mit der Agenda 2010 zum massivsten Angriff auf den in den fünfziger und sechziger Jahren in der Bundesrepublik geschaffenen sozialstaatlichen Klassenkompromiss.

Nach der Regierungserklärung vom 14. März 2003 brachte die Bundesregierung zügig eine Reihe von Konterreformen in den Bundestag ein. Der Kündigungsschutz wurde gelockert, die Sozialausgaben der abhängig Arbeitenden erhöht, die Zumutbarkeitsregelungen bei der Ablehnung von Arbeitsangeboten verschärft. Es kam zur Beschränkung des Arbeitslosengeldes auf grundsätzlich 12 Monate, zur Bindung des Arbeitslosengeldes II an die Bedürftigkeit und dessen Absenkung auf Sozialhilfeniveau.

Dagegen protestierten viele Menschen, in den Gewerkschaften und in der SPD selbst. Das öffentliche Bewusstsein veränderte sich. Bei Millionen kam es zu einer spontanen Politisierung und Erbitterung von links. Die Konstituierung einer neuen linken Partei, der Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit (WASG) am 2. Januar 2004 geschah im Ergebnis dieser Politisierung.

Im Sommer 2004 entwickelte sich die größte gesellschaftliche Protestbewegung im vereinigten Deutschland. Bis zu 400.000 Teilnehmer in 140 Städten nahmen über viele Wochen hinweg an den Montagsdemonstrationen teil. Allein in Leipzig und Berlin demonstrierten am 23. August 2004 gut 30.000 bzw. 20.000 Menschen. Die SPD wurde von einer tiefen Krise erfasst. Im Vorfeld der am 17. September in Sachsen stattfindenden Landtagswahlen konnte die SPD in Sachsen kaum einen Info-Stand aufstellen, ohne dass empörte Bürgerinnen und Bürger ihn alsbald stürmten. Der SPD liefen die Mitglieder und dann in den folgenden Jahren auch die Wählerinnen und Wähler davon. Im Verlaufe des Jahres 2004 traten von den 651.000 Mitgliedern der SPD etwa 40.000 aus, im ersten Quartal 2005 dann 21.616.² Aktive ehemalige SPD-Mitglieder, linke Gewerkschafter und „heimatlose“ Linke sammelten sich im Verlaufe des Jahres 2004 insbesondere im „Verein Wahlalternative und soziale Gerechtigkeit“, der sich am 22. Januar 2005 als Partei WASG konstituierte.

Die PDS war offensichtlich nicht die Partei, die von denjenigen, die zur Gegenwehr gegen die Agenda 2010 bereit waren, in der Mehrheit als ihre Partei anerkannt wurde. Hervorgegangen aus der SED hatten sich in ihr Intellektuelle, Wissenschaftler und politische Funktionsträger aus der DDR zusammen mit „Altlinken“ aus Westdeutschland an die Spitze gestellt. Die PDS hatte sich in den neunziger Jahren viel Anerkennung als eine Partei erworben, die entschieden für ostdeutsche Interessen eintritt. Sie kämpfte im Bundestag, in den ostdeutschen Landtagen und außerparlamentarisch gegen Deindustrialisierung, gegen die Abwicklung des öffentlichen Dienstes der DDR, gegen die Diffamierung der DDR und gegen den Bereicherungsfeldzug der westdeutschen Banken und Konzern auf Kosten der ostdeutschen Eigentümer. Mit dem Einzug der PDS 1990 in den Bundestag gab es dort wieder eine Partei, die den gesellschaftlichen Klassenantagonismus thematisierte und sich auf die Seite der Lohnarbeiter gegen das Kapital stellte. In den neunziger Jahren profilierte sie sich im Bundestag als einzige Antikriegspartei, die gegen den Jugoslawienkrieg und die Auslandseinsätze der Bundeswehr in aller Welt opponierte.

Im Vorfeld der Intensivierung der neoliberalen Kapitaloffensive unter Gerhard Schröder in seiner zweiten Kanzlerschaft war die linke politische Strahlkraft der PDS verblasst. Bereits seit Mitte der neunziger Jahre sah sie sich zunehmend als Regierungspartei im Wartestand. Unter Roland Claus tolerierte sie in Sachsen-Anhalt eine rot-grüne bzw. eine SPD-Minderheitsregierung. Von 1996 regierte sie in Mecklenburg-Vorpommern mit. Nach einem Wahlsieg am 21. Oktober 2001 in Berlin mit 22,6 Prozent schloss sie am 17. Januar 2002 in Berlin mit Klaus Wowereit eine

² Vgl. n-tv-heute, 1. April 2005, 22.05.

Koalitionsvereinbarung ab, in der sich die unterzeichnenden Parteien zur NATO und zur „westliche(n) Wertegemeinschaft“ bekannten und von den „Unrechtstaten der DDR“ sprachen. Bei der Bundestagswahl im September 2002 erhielt sie in Berlin noch 11,3 Prozent der Zweitstimmen, im Bundesgebiet insgesamt vier Prozent.

Im März 2000 auf dem Münsteraner Parteitag hatte die Parteiführung der PDS vergeblich versucht, eine Einzelfallprüfung bei UN-mandatierten Auslandseinsätzen der Bundeswehr durchzusetzen. Eine innerparteiliche Opposition bereitete den „Reformlinken“ dann zwei Jahre später im Oktober 2002 auf dem Geraer Parteitag eine sichtbare Niederlage als sie Gabi Zimmer zur Parteivorsitzenden wählte und Dietmar Bartsch ablehnte. Jedoch schon im Juni 2003 wurde Gabi Zimmer von Lothar Bisky als Vorsitzender abgelöst. Einige Monate später entsorgte die PDS mit dem Chemnitzer Programm den Marxismus.

Nicht PDS-Oppositionelle, sondern die gesellschaftlichen Bewegung gegen Hartz IV erzwangen eine Revitalisierung der Linken als Partei DIE LINKE. Die Gründung der LINKEN war nicht schlechthin eine Sache von Absprachen zwischen den Führungen von PDS und WASG, sondern das Ergebnis eines großen, wenn auch letztlich erfolglosen Klassenkampfes von unten gegen die Agenda 2010.

Gesamtdeutsche Partei mit linkem Profil

Mit der Konstituierung der LINKEN war nicht nur eine größere Partei, sondern eine Partei mit einem recht klaren linken Profil entstanden. Überdies hatte sich die Parteienlandschaft insgesamt verändert. Konfrontiert mit der Agenda 2010 und den Klassenauseinandersetzungen um diese Agenda trat der Charakter der anderen Bundestagsparteien SPD, Bündnisgrüne, CDU/CSU und FDP als neoliberales Parteienkartell deutlich hervor. Ein „linkes Lager“ im Parteiensystem war nirgendwo zu erkennen. Die SPD war, wie die Bundestagswahlen 2009 zeigten, von einer 38 Prozent-Partei zu einer 23-Prozent-Partei geworden. Die PDS hatte bei den Bundestagswahlen 2002 gut zehn Prozent der Stimmen erhalten, die für die SPD abgegeben worden waren. 2005 erhielt die Linkspartei.PDS etwa 25 Prozent der Stimmenzahl, die für die SPD abgegeben worden waren; 2009 DIE LINKE 52 Prozent, um dann 2013 lediglich noch 33 Prozent zu bekommen.

Erstens: Die LINKE wurde mit der Vereinigung von PDS und WASG zu einer gesamtdeutschen Partei, wobei diese Entwicklung bereits vorher im Ergebnis der Bundestagswahl 2005 erkennbar war. Sie erhielt in Westdeutschland (auch in Westberlin) bei Bundestagswahlen und bei zahlreichen Landtagswahlen mehr als fünf Prozent der Stimmen. Sie vereinigte in ihren Reihen in Westdeutschland deutlich mehr linke Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Bewegungsaktivisten als die PDS. Sie wurde dort zu einem beachtenswerten, zum Teil auch zu einem einflussreichen politischen Faktor.

Zweitens: DIE LINKE vollzog gegenüber der PDS politisch und programmatisch einen Kurswechsel nach links. Sie korrigierte die von der in der PDS dominierenden Mehrheitsfraktion der „Reformlinken“ auf dem Chemnitzer Parteitag im Oktober 2003 im Chemnitzer Grundsatzprogramm vorgenommene Entsorgung des Marxismus. Mit dem Erfurter Programm von Dezember 2011 legte sie eine taugliche Lageanalyse des gegenwärtigen Kapitalismus vor und bekannte sich zu einer Reihe von marxistischen Grundsätzen. Sie bezeichnete sich als Partei, die „für einen Systemwechsel“ kämpft. Sie grenzte sich von den anderen Bundestagsparteien ab, „die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen“. (Präambel)

Drittens: Der ehemalige Mehrheitsflügel der „Reformlinken“ in der PDS, der seit Mitte der neunziger Jahre die PDS kontrollierte und auf seine Fahne die „Überwindung der

Kapitaldominanz“ (statt die Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums) schrieb, verlor an Einfluss. Im Unterschied zur PDS setzte sich in der LINKEN auf Bundesebene bis hin zum Geschäftsführenden Bundesvorstand ein institutionell abgesichertes Arrangement der drei Lager in der Partei („Reformlinke“ um das forum demokratischer sozialismus, eine parteiintern als Zwischengruppe „Mittelerde“ apostrophierte Zwischengruppe um die Emanzipatorische Linke, eine klassenkämpferisch orientierte Linke um die Antikapitalistische Linke, die Kommunistische Plattform und weitere linke Zusammenschlüsse) durch. Den „Reformlinken“ verstärkten nach 2011 ihren Einfluss auf den Kurs der Partei. Die Orientierung aufs Mitregieren in den Ländern war schon 2009 Konsens geworden; die Forderung nach r2g im Bund gewann ab 2013 an Einfluss.

Viertens: DIE LINKE verstand es, mit ihrer Programmatik, mit ihrem Personalangebot (bis 2009 gab es in der Bundestagsfraktion eine Doppelspitze Gregor Gysi/Oskar Lafontaine und bis 2010 in der Partei die Doppelspitze Lothar Bisky/Oskar Lafontaine) sowie mit ihren an den Interessen der abhängig Arbeitenden ausgerichteten sozialen und politischen Forderungen sich als glaubhafte linke Wahlalternative gegen das neoliberale Parteienkartell zu etablieren. Sie fand Anerkennung als Friedenspartei, als Protestpartei, als Partei der Prekarisierten, als antikapitalistische und systemverändernde Partei sowie als Antiprivatisierungspartei. Sie verlor überall dort an politischer Glaubwürdigkeit und politischer Stärke, wo sie ihre Grundsätze zu Disposition stellte und sich als Regierungspartei an der neoliberalen Politik beteiligte.

Aufstieg im Westen, Rückgang im Osten

Der PDS gehörten am Tage ihres Zusammenschlusses 63.385 Mitglieder an (davon in den westdeutschen Bundesländern etwa 5.700); die WASG hatte 10.500 Mitglieder. Bis 2009 wuchs die Zahl der Mitglieder der Parte DIE LINKE auf 78.066. Danach verringerte sie sich. 2016 hatte DIE LINKE 58.910 Mitglieder.

Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE³

2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
71.7011	75.968	78.046	73.658	69.488	63.761	63.757	60.551	58.989	58.910

Nicht nur die Mitgliederentwicklung, auch die Wahlerfolge der LINKEN erreichten 2009 ihren Höhepunkt. Bei der Bundestagswahl 2009 votierten 6,3 Millionen für DIE LINKE. 2,2 Millionen mehr als 2005 und 4,4 Millionen mehr als 2002. Während die PDS bei der Bundestagswahl 2002 1,1 Prozent der Stimmen in den westdeutschen Ländern erhielt, waren es 2009 11,9 Prozent. In Ostdeutschland erzielte sie in Sachsen-Anhalt mit 32,4 Prozent ihr bestes Ergebnis, in Westdeutschland mit 21,2 Prozent im Saarland, aber selbst in Bayern bekam sie 6,5 Prozent der Zweitstimmen. 25 Prozent der Arbeitslosen, 18 bzw. 12 Prozent der Arbeiter und Angestellten wählten DIE LINKE. Bei der Bundestagswahl 2013 fiel sie dann auf 3,8 Millionen Zweitstimmen und 8,6 Prozent zurück. Ihr Stimmenanteil bei den Arbeitern und Angestellten verringerte sich auf 12 bzw. 7 Prozent.

Die große Erfolgsstory der LINKEN währte so nur wenige Jahre. Es war vor allem eine westdeutsche Erfolgsgeschichte. Im Osten ging der Stimmenanteil der LINKEN bei Landtagswahlen (außer in Thüringen 2009 und 2014 und in Berlin 2016) bei Landtagswahlen kontinuierlich zurück. Im Westen zog sie dauerhaft in Bremen, Hamburg und im Saarland, aber auch in die Landtage der Flächenstaaten Niedersachsen (2008), Schleswig-Holstein (2009), Hessen (2009) und NRW (2010) ein. Nur in Hessen gelang ihr 2012 ein erneuter Einzug in den

³ <http://www.die-linke.de/partei/mitgliederzahlen>

Landtag. In Schleswig-Holstein und NRW verlor DIE LINKE 2012 ihre Landtagsmandate, in Niedersachsen 2013. 2017 verfehlte DIE LINKE bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW trotz beachtlicher Stimmengewinne erneut die Fünfprozentssperre, erhöhte aber merklich ihre Stimmen gegenüber 2012.

Linkspartei. PDS und DIE LINKE bei Bundestagswahlen (2017: Umfragen)⁴

	2005		2009		2013		2017
Zweitstimmen	4,12 Mill	8,7 %	5,16 Mill	11,9 %	3,76 Mill	8,6 %	8,7 %
Erststimmen	3,76 Mill	8,0 %	4,79 Mill	11,1 %	3,18 Mill	8,1 %	-
Baden-Württ.	3,8 %		7,2 %		4,8 %		-
Bayern	3,4 %		6,5 %		3,8 %		4 %
Berlin	16,4 %		20,2 %		18,5 %		16 %
Brandenburg	26,6 %		28,5 %		22,4 %		16 %
Bremen	8,5 %		14,3 %		10,1 %		-
Hamburg	6,3 %		11,2 %		8,8 %		8 %
Hessen	5,3 %		8,5 %		6,0 %		8 %
Meckl.-Vorp.	23,7 %		29,0 %		21,5 %		-
Niedersachsen	4,3 %		8,6 %		5,0 %		5 %
NRW	5,2 %		8,4 %		6,1 %		5 %
Rheinland-Pfalz	5,6 %		9,4 %		5,4 %		4 %
Saar	18,5 %		21,2 %		10,0 %		-
Sachsen	24,5 %		24,5 %		20,0 %		15 %
Sachsen-Anhalt	25,5 %		32,4 %		23,9 %		17 %
Schleswig-Holstein	4,6 %		7,9 %		5,2 %		-
Thüringen	26,1 %		28,8 %		23,4 %		17 %

Ein Blick auf die Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen und der Meinungsumfragen in den Bundesländern im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 ergibt ein ähnliches Bild: DIE LINKE erreichte 2009, vier Jahre nach dem Erfolg der Linkspartei.PDS und zwei Jahre nach ihrer Konstituierung, ihr bestes Ergebnis. In den ostdeutschen Bundesländern gab es einen dramatischen Rückgang der Stimmen, in den westdeutschen eine erneute Konsolidierung nach Verlusten in den Jahren 2010 ff.

Wenn man den Umfragen in den Bundesländern im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 folgt, kann sie in den westdeutschen Bundesländern mit ähnlichen Ergebnissen wie im Jahre 2013 rechnen. In den ostdeutschen Bundesländern dagegen muss sie Verluste einkalkulieren. Die heutige Krise der LINKEN ist vor allem eine Krise der ostdeutschen Landesverbände.

Mitregieren: Krise der Glaubwürdigkeit

In der LINKEN wird regelrecht verdrängt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Regierungsfixiertheit und der Krise der LINKEN gibt, zwischen dem Kurs des Mitregierens in den ostdeutschen Bundesländern, dem Verlust an linkem politischen Profil und den anhaltenden Stimmenverlusten bei Landtagswahlen.

Im Jahre 2009 trat DIE LINKE in die Brandenburgische Landesregierung ein. In den Jahren 2014 bis 2016 orientierte sie dann im Vorfeld aller ostdeutschen Landtagswahlen überall auf „die

⁴ Die Zahl 8,7 Prozent für die Bundestagswahl 2017 ergibt sich als Durchschnittswert aller Meinungsumfragen zur „Sonntagsfrage“ Anfang Mai 2017.

Übernahme von Regierungsverantwortung“ zusammen mit SPD und Bündnisgrünen zwecks Erreichung eines „politischen Richtungswechsels“ gegen die neoliberale Politik. Regierungen unter Einschluss der LINKEN kamen in Thüringen und Berlin zu Stande. Den in den Wahlkämpfen versprochenen Richtungswechsel gegen die neoliberale Politik gab es nirgends. Die Glaubwürdigkeit der Regierungspolitik der LINKEN wurde sowohl zu einem Problem vieler Wähler der LINKEN als auch der Partei selbst.

In den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern orientierte DIE LINKE gleichfalls aufs Mitregieren, konnte aber im Gegensatz zu Thüringen damit keine Wählerinnen und Wähler motivieren, sie zu wählen, im Gegenteil. Regierungspartei wurde sie auch nicht. Schon die Orientierung aufs Mitregieren verringerte offenbar die Attraktivität der LINKEN, ließ die Stimmung aufkommen, die sich alsbald ausbreitete und ihre Stellung als Adresse für wahlpolitischen Protest unterminierte: „die gehören nun auch zu denen da Oben“.

Am 31. August 2014 wählte Thüringen einen neuen Landtag. 14 Tage später fanden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen statt. In Thüringen hatte die unter Bodo Ramelow ausgearbeitete Wahlstrategie des Kurses auf „sozial regieren“ Erfolg. DIE LINKE erhielt mit 29,2 Prozent das beste Ergebnis in der Geschichte des Landes (unter Einbeziehung der Ergebnisse für die PDS). Heute nach drei Jahren Regieren liegen die Thüringer LINKEN in Umfragen bei 22 Prozent (INSA, Bild vom 14. 4. 2017).

In Brandenburg, wo DIE LINKE seit 2009 mitregiert, fanden am 14. September 2014 Landtagswahlen statt. Die Brandenburger LINKE erhielt 183.178 Stimmen bzw. 18,6 Prozent der Listenstimmen. Sie verlor gegenüber 2009 193.924 der Wählerinnen und Wähler oder 8,6 Prozentpunkte. Die Regierungsbeteiligung wurde fortgesetzt. Derzeit liegt DIE LINKE bei Umfragen in Brandenburg bei 15 Prozent.

In Sachsen orientierte der Landesvorstand der LINKEN vor dem 14. September 2014 ebenfalls aufs Mitregieren. Doch die CDU blieb führende Regierungspartei. DIE LINKE verlor gut 60.000 Stimmen und ihr Stimmenanteil ging von 20,6 auf 18,9 Prozent zurück. Umfragen sehen sie heute ebenfalls bei 15 Prozent.

Bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 in Sachsen-Anhalt und am 4. September 2016 in Mecklenburg Vorpommern wiederholte sich das Ganze. Wulf Gallert und Helmut Holter von der LINKEN wollten in beiden Ländern mitregieren, und scheiterten. Die Stimmen für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt gingen von 23,7 auf 16,3 zurück. In Mecklenburg-Vorpommern erhielt sie gerade noch 13,2 Prozent gegenüber 18,4 im Jahre 2011.

Einen Achtungserfolg erzielte DIE LINKE bei den Berliner Senatswahlen am 18. September 2016. Sie bekam 15,6 Prozent und damit 3,9 Prozent mehr als 2011, wobei die Gewinne fast ausschließlich aus Westberlin kamen. Dort erhielt DIE LINKE 10,1 Prozent der Stimmen (2011: 4,3). Sie trat in die Landesregierung ein und liegt derzeit in Umfragen bei 16 Prozent.

In der LINKEN ist es im Zusammenhang mit den praktischen Erfahrungen als Regierungspartei und ihren damit zusammenhängenden Wahlniederlagen zu keiner ernsthaften kritischen Debatte gekommen. Auf keinem Bundesparteitag und keinen Landesparteitag legten Vorstände eine Bilanz der Erfahrungen, der Erfolge und Misserfolge mit dem Regieren vor. Die skizzierten Wählerverluste wurden ohne große Diskussionen hingenommen. Auch der Bundesvorstand legte keine Bilanz der Regierungstätigkeiten vor. Allein der linke Zusammenschluss Antikapitalistische

Linke in der LINKEN publizierte 2016 einen kritischen Sammelband zu diesem Thema, in dem es auch Beiträge von Sahra Wagenknecht und Bernd Riexinger gibt.⁵

Thüringer LINKE-Regierung setzt neoliberale Politik fort

Die Landesvorsitzende der LINKEN in Thüringen versprach, dass die seit dem 5. Dezember 2014 amtierende Thüringer Landesregierung unter Bodo Ramelow ein „Meilenstein linker Politik“ wird.⁶ Tatsächlich ist diese Regierung ein besonders drastisches Beispiel für die Vollmundigkeit geworden, mit der ein politischer Richtungswechsel angekündigt wird, um dann zu schweigen, wenn er nicht eintritt. Es zeigte sich erneut, dass die Gestaltungsmöglichkeiten des Regierens durch die gegebenen ökonomischen, politischen und rechtlichen Verhältnisse bestimmt sind und für linke Politik sehr wenig Raum bieten.

Es gehört zur Geschichtsvergessenheit der Debatte um die Regierungsfrage, dass die historischen negativen Erfahrungen von Sozialisten und Kommunisten mit dem Regieren in der LINKEN kaum eine Rolle spielen. Wilhelm Liebknecht schrieb im Jahre 1899 im Zusammenhang mit dem Eintritt des Sozialisten Alexandre Millerand in das Kabinett des französischen Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau: „Unter der Herrschaft des Kapitalismus kann eine Regierung, selbst wenn sie voll Philanthropie und von besten Absichten beseelt ist, nichts Ernsthaftes tun.“⁷

Zweieinhalb Jahre Regierungszeit in Thüringen unter Bodo Ramelow sind vorbei. Die sozialen und politischen Zustände haben sich nicht verändert. Die Regierungspolitik hat sich nur minimal in wenigen Punkten verbessert. Aber die Partei DIE LINKE in Thüringen ist deutlich schlechter geworden, weil sie an Glaubwürdigkeit verloren hat.

DIE LINKE ist unter dem Druck des bürgerlichen Politikbetriebes zu einer zweiten sozialdemokratischen Partei geworden, die sich mit den gesellschaftlichen und politischen Zuständen weitgehend ausgesöhnt hat, zahlreiche Grundsätze aufgegeben hat und vielen Leitbildern der bürgerlichen Propaganda zustimmt. Sie hat keinen politischen Richtungswechsel herbeigeführt, sondern lediglich dem Neoliberalismus ein etwas menschlicheres Antlitz gegeben.

Die Thüringer Landesregierung unter Bodo Ramelow hat zeitweilig einen Abschiebestopp für Asylsuchende verfügt und öffentlich Trauer bei Bootsunglücken im Mittelmeer bekundet. Zu ihren positiven Leistungen gehört, dass sie öffentlich geförderte Arbeitsplätze in der Größenordnung von 500 bis 1000 für Langzeitarbeitslose geschaffen hat. Das im Wahlprogramm der LINKEN angekündigte kostenlose Kita-Jahr soll im Jahre 2018 kommen.

Ansonsten aber unterscheidet sich die Art des Regierens wenig von der üblichen Regierungspraxis. Trotz Bedenken hat Ministerpräsident Bodo Ramelow der Schuldenbremse als Eckpfeiler der neoliberalen Haushaltspolitik einer eng begrenzten Kreditaufnahme zugestimmt. Gegen massiven Widerstand ist die Landesregierung dabei, eine Funktional- und Gebietsreform durchzusetzen, die Bürgernähe verringert. Bereits in der Koalitionsvereinbarung bekannte sich DIE LINKE zu „Sozialpartnerschaft und verantwortlichem Unternehmertum.“⁸ Hinsichtlich der

⁵ Vgl. Thies Gleiss / Inge Höger / Lucy Redler / Sascha Stanicic (Hg.), Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden, Die Linke und das Regieren, Köln 2016.

⁶ Susanne Hennig-Wellsow, Mit LINKS regieren! In: Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.), Mit LINKS regieren? Wie ROT-ROT-Grün in Thüringen geht, Hamburg 2015, S. 40.

⁷ Wilhelm Liebknecht, Brief an den Jahreskongress der französischen Arbeiterpartei, zit. nach: Ekkehard Lieberam, Integrationsfalle (Mit-)Regieren, Bergkamen 2016, S. 49.

⁸ Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch, Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags, Erfurt, 4. Dezember 2014, S. 8.

institutionellen Abrechnung mit der DDR im Geiste des Kalten Krieges hat die Regierung Bodo Ramelow alle anderen ostdeutschen Landesregierungen übertroffen. Sie hat an die Stelle einer abgewogenen und differenzierten Bewertung der DDR deren Diffamierung als Unrechtsstaat gesetzt. In zwei Berichten an den Landtag über die „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ wird dargelegt, wie dies im Schulunterricht, in der Forschung und im politischen Leben noch intensiver erfolgen soll.

In ihrem Wahlprogramm von 2014 hatte DIE LINKE in Thüringen die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz angekündigt. Kritisiert wurde die „abträgliche Befugnis“ des Verfassungsschutzes zum „Grundrechtseingriff“, die „sich gegen jeden Menschen, den der Verfassungsschutz als ‚verfassungsfeindlich‘ einstuft, (richtet)“.⁹ Mittlerweile hat der Thüringer Verfassungsschutz mehr Mitarbeiter und einen größeren Haushalt als vorher: Im Juni 2016 waren es 103 Stellen (2013: 97); der Etat für 2016 betrug 7,5 Millionen € (2013: 6,7 Millionen €).¹⁰ Nach wie vor diffamiert der Thüringer Verfassungsschutz linke Organisationen als verfassungsfeindlich. In seinen Bericht für 2014 und 2015 werden, wie unter der CDU gehabt, die KPF in der LINKEN, die DKP, die Rote Hilfe e.V. und die Antifaschistische Organisation Gotha als Organisationen genannt, die die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ gefährden.¹¹

Sozialschicht mit Integrationspotential weitete sich aus

Die widersprüchliche Entwicklung der LINKEN ist nur zu verstehen, wenn man sie auf dem Hintergrund der Funktionsweise des in Deutschland bestehenden parlamentarischen Regierungssystems betrachtet, das im besonderen Maße erfolgreiche Parteien durch finanzielle Zuwendungen belohnt. Die Parlamentsparteien sind in diesem System zu einer politischen Organisation der Gesellschaft mit einem bescheidenen Organisationsgrad von zwei Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Sie konkurrieren in Wahlen um den „Wählermarkt“, erwerben entsprechend ihren Anteil daran Mandate im Bundestag, in den Landtagen und den kommunalen Vertretungen. Sie haben dadurch zum anderen Zugang zum Staat. Sie können (müssen aber nicht) im Falle einer parlamentarischen Vertretung sich an der Bundesregierung und den Landesregierungen beteiligen, so die Rechtssetzung und Staatspolitik mitbestimmen und zugleich den Staat als „Beute“ für sich und ihre Mitglieder nutzen. Zu Recht wird in diesem Zusammenhang vom Parteienstaat gesprochen.

Das parlamentarische Parteien- und Regierungssystem der Bundesrepublik versorgt die Parteien reichlich mit staatlichen Geldern und Ämtern und zwingt die Parteien, „Wahlkampfmaschinen“ in einem permanenten Wahlkampf zu werden. Vor allem dies bedingt neben psychologischen Faktoren (wie ein häufig sich entwickelndes elitäres Selbstwertgefühl von Abgeordneten und das Unbehagen über Liebesentzug im Fall konsequenter Opposition) seine enorme Integrationskraft, systemoppositionelle Parteien und Abgeordnete zu „mäßigen“ und schließlich einzubinden. Die staatliche Parteienfinanzierung, die Finanzierung der Parlamentsarbeit der Parteien und die staatlichen Gelder für ihre sechs Stiftungen summieren sich auf deutlich mehr als eine Milliarde Euro. Auch eine linke Partei unterliegt so unweigerlich der Versuchung, ein kapitalistischer Betrieb zu werden, wo unten gearbeitet und ganz oben üppig Geld verdient werden kann. Dies prägt die Interessenlage derjenigen, die in ihr oder für sie arbeiten.

Das Paradox an diesem System ist: Je größer die wahlpolitischen Erfolge einer linken Partei sind, desto größer sind nicht nur ihre Möglichkeiten, das Parlament für den politischen Kampf um

⁹ Wann, wenn nicht jetzt, Thüringen sozial regieren, DIE LINKE, Programm der Partei DIE LINKE Thüringen zur Landtagswahl 2014, Beschluss des 4. Landesparteitages, 2. Tagung, 22. März 2014 in Sömmerda, S. 44.

¹⁰ Vgl. wikipedia Verfassungsschutz Thüringen und www.kriminalpolizei.de

¹¹ Vgl. Freistaat Thüringen, Verfassungsschutzbericht, 2014/2015, Pressefassung, Stand: 20. 9. 16, S. 6 ff und 111 ff.

Verbesserungen im Interesse der Lohnabhängigen zu nutzen, sondern je größer wird ebenfalls die soziale Schicht derjenigen, die von der Partei leben und dabei Interessen entwickeln, die mit den Interessen der Lohnabhängigen kollidieren und mit sozialistischen Grundsätzen oft nicht vereinbar sind. In der LINKEN umfasst diese Schicht heute deutlich mehr als 2000 Personen.

Der Drang zur „Regierungsverantwortung“ von Parteiführungen erklärt sich zu einem guten Teil aus dem Interesse an der dann gegebenen Möglichkeit, Minister zu stellen und neue Ämter im Bereich der Ministerien, der Justiz, der Verwaltung und der öffentlich-rechtlichen Medien für Parteiaktivisten zu erschließen.

DIE LINKE hat gegenüber der PDS bei den Einnahmen aus der Staatskasse zum Teil kräftig zugelegt, vor allem hinsichtlich der Höhe der Fraktionszuschüsse im Bundestag¹² und der Zuwendungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist im Jahr ihres 10. Jubiläums in drei Bundesländern Regierungspartei mit erweiterten Möglichkeiten der Ämterpatronage, aber auch der Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung über den Bundesrat. Sie hat dort z. B. am 2. Mai 2017 mit ihrem Ja zum Gesetzespaket zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einer Privatisierung von Autobahnen den Weg gebahnt, was immerhin in einer Erklärung des Bundesvorstandes als „falsch“ bezeichnet wird.¹³

Die LINKE hat derzeit 228 Abgeordnete, sieben im Europaparlament, 64 im Bundestag und 157 in zehn der 16 Bundesländer. Im Jahre 2000 hatte die PDS 193 Abgeordnete, sechs im Europaparlament, 36 im Bundestag und 151 in den sechs ostdeutschen Landtagen. Erheblich angewachsen ist die Zahl der voll- und teilbeschäftigten Mitarbeiter im Bundestag. Im Jahre 2000 waren es bei der PDS-Fraktion 142, im Jahre 2009 bei der Bundestagsfraktion der LINKEN 622.¹⁴ Die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung erhielt in den Jahren 1999 und 2000 staatliche Einnahmen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 4,1 bzw. 9,5 Millionen DM.¹⁵ Im Jahre 2014 bekam die RSL an staatlichen Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt erheblich mehr: 52,0 Millionen €.¹⁶

Die Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems wirkt in der Tendenz und nicht absolut. Besonders in der Bundestagsfraktion und im Bundesvorstand der LINKEN gibt es (mehr als um die Jahrtausendwende in der PDS) zahlreiche Abgeordneten bzw. Mitglieder mit klaren antimilitaristischen und antikapitalistischen Positionen, die sich nicht einbinden lassen, sondern diese Positionen unbeirrt vertreten und danach handeln.

Illusionstheater um r2g im Bund

Der 10. Jahrestag der Konstituierung der LINKEN am 16. Juni 2017 findet eine Woche nach dem Bundestagswahlparteitag der LINKEN in Hannover statt, unmittelbar vor Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes. Die LINKE war auf diesem Parteitag bemüht, das Illusionstheater um r2g im Bund, die Fixiertheit auf die Regierungsfrage zu beenden und mit einem auf ihre Alleinstellungsmerkmale ausgerichteten kämpferischen Programm in den Bundestagswahlkampf zu gehen. ... (kurze Einschätzung)

¹² Die Fraktionszuwendungen im Bundestag für die PDS im Jahre 1999 betragen 11,96 Millionen DM, die für die LINKE im Jahre 2015 12,6 Millionen Euro. Vgl. Bekanntmachungen der geprüften Rechnungen der Fraktionen, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/4040, S. 11 und Drucksache 18/9490, S. 8.

¹³ Beschluss des Parteivorstandes vom 3. Juni 2017.

¹⁴ Vgl. Organklage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) gegen den Deutschen Bundestag, 2012, Verfasser: Hans Herbert von Arnim, Anlage 7, <https://www.oedp.de/fileadmin/user-upload/akt>

¹⁵ Jahresbericht 1999/2000, Rosa Luxemburg Stiftung, rls, Stand: 12. November 2001, S. 76.

¹⁶ Jahresbericht 2015 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Juni 2016, S. 85.

Politiker der LINKEN wie Gregor Gysi und Bodo Ramelow fordern seit Jahren Regierungsbeteiligung im Bund mit SPD und Bündnisgrünen. Gregor Gysi hat auf dem Bielfelder Parteitag im Juni 2015 ausdrücklich dafür geworben und ist dabei angesichts der seiner Meinung nach möglichen kleineren Verbesserungen in der Innen- und Außenpolitik regelrecht ins Schwärmen gekommen. Der Parteitag spendete ihm dafür nur verhaltenen Beifall, aber immerhin Beifall.

Eine Verwirklichung dieser Pläne wäre nach zehn Jahren das Ende der Partei als kämpfende linke Partei, als wichtiger Teil von Gegenmacht.

Der Bundesvorstand der LINKEN hat am 3. Dezember 2016 nach intensiver Diskussion und zahlreichen Veränderungen gegen fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen dem Wahlstrategiepapier der Partei für die Bundestagswahl 2017 zugestimmt. Der vom Bundesvorstand mit Mehrheit abgelehnte Entwurf vom September hatte sich noch für eine offensive Wahlkampfstrategie zu Gunsten von „Rot-Rot-Grün“ ausgesprochen: „Das Land braucht eine linke Regierung oder es droht eine rechte“.¹⁷ Das verabschiedete Strategiepapier¹⁸ tut das nicht mehr, schließt aber r2g nach der Bundestagswahl auch nicht aus.

Nicht zuletzt mittlerweile drei „Dialogtreffen“ von Bundestagsabgeordneten der LINKEN, der SPD und der Bündnisgrünen im Oktober, Dezember 2016 und im April 2017 erweckten den Eindruck einer gemeinsamen Vorbereitung auf ein Regierungsprogramm für den Bund. Anfang 2017 besagten die Meinungsumfragen, dass schon rein rechnerisch eine Mehrheit von SPD, LINKEN und Bündnisgrünen nicht gegeben ist. Dann, angesichts der mit der Übernahme der SPD-Kanzlerkandidatur durch Martin Schulz in Richtung 30 Prozent gestiegenen Umfragewerte für die SPD näherten sich die drei Parteien zusammen der 50-Prozentmarke. Nunmehr liegen die drei Parteien wieder bei 40 Prozent. Dennoch sind nicht wenige Politiker der LINKEN immer noch auf Regierungsbeteiligung im Bund fixiert.

In ihrem Strategiepapier setzt DIE LINKE auf inhaltliche Eigenständigkeit. Verwiesen wird auf die richtige Feststellung im Grundsatzprogramm von Erfurt, dass es „Kernaufgabe der LINKEN (ist) zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen“. Jedoch wird diese Position dann wieder vergessen, wenn es heißt, die neoliberale Politik könne durch eine andere Politik ersetzt werden, wenn die „demokratisch-legitimierte(n) Institutionen die gesellschaftliche Entwicklung politisch gestalten und das nicht den Konzernen und Banken überlassen“. (S. 3) Das Grundsatzprogramm der LINKEN von Erfurt vom Dezember 2011 sieht da derzeit keine reale Möglichkeit: „Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung werden ebenso wie das Staatshandeln und die Politik entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt.“ (Präambel)

Einige Bundesminister der LINKEN würden daran überhaupt nichts ändern. Sie wären eingebunden in ein Regierungssystem, dem Opposition wesensfremd ist, dessen Markenzeichen die Fortsetzung des Neoliberalismus und der Kriegsführung in aller Welt ist. Eine Teilnahme an der Bundesregierung würde das Unternehmen DIE LINKE zehn Jahre nach ihrer Konstituierung als oppositionelle Kraft, als wichtiger Teil von Gegenmacht beenden. Die abhängig Arbeitenden, die linken sozialen, antimilitaristischen und politischen Bewegungen hätten im Bundestag keine Stimme mehr.

Machtpolitische Gegebenheiten werden ignoriert

¹⁷ Strategischer Ansatz für die Bundestagswahl 2017, Wahlstrategie für DIE LINKE, Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn, Stand 12. September 2016, S. 2.

¹⁸ Hoffnung und Mut statt Angst, Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, Strategie für die Bundestagswahl 2017.

Es gibt in der LINKEN zum einen eine Praxis des Mitregierens in den Bundesländern, die die Partei in den bürgerlichen Politikbetrieb einordnet. Sie wird dabei unweigerlich zur Vollstreckerin neoliberaler Politik. Die Interessen der beteiligten Politiker verbinden sich mit den Interessen der ökonomisch Herrschenden. Zum anderen gibt es nach wie vor einen von der LINKEN getragenen Widerstand gegen die neoliberale Politik, gegen NATO und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Diese Sowohl-als-auch-Politik, flankiert von einem Verständnis des „sozialistischen Pluralismus“ als politische Beliebigkeit, unterminiert Glaubwürdigkeit und den Anspruch der Partei, eine sozialistische Prinzipienpartei zu sein. Grundsatzfragen linker Politik und Strategie wie die Regierungsfrage und in ihrem Zusammenhang die Machtfrage bleiben unklar und ungeklärt.

Weder die Diskussion über rote Haltelinien, die bei Regierungsbeteiligungen einzuhalten sind, noch der an sich richtige Hinweis, dass im Falle einer Regierungsbeteiligung die „Chance“ bestehen muss, „linke Politik zu machen“,¹⁹ haben der LINKEN geholfen, hinsichtlich der Regierungsfrage eine überzeugende Position zu entwickeln. Die „Chance“ linker Politik in der Regierung ist eine strukturelle Frage und keine Willensfrage. Sie ist derzeit nicht gegeben, was eine konkrete Lageanalyse der gegebenen Klassenmachtverhältnisse in Deutschland verlangt.

Erstens: Die derzeitige politische Situation ist gekennzeichnet von einer stabilen hegemonialen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals²⁰ und einer fortdauernden neoliberalen Kapitaloffensive.

Seit Ende der siebziger Jahre haben es die Lohnabhängigen wie auch die Linken mit einer Offensive des Kapitals im Zeichen neoliberaler Politik zu tun. Diese Offensive ist machtpolitisch abgesichert. Selbst als die neoliberale Ideologie des Marktradikalismus vor etwa zehn Jahren ihre Überzeugungskraft (bzw. ihre Hegemonie) im öffentlichen Bewusstsein verlor, war der Neoliberalismus machtpolitisch keineswegs am Ende. Er wird ungebrochen fortgesetzt, gestützt nicht zuletzt auf ein neoliberales Kartell der Parlamentsparteien. Die LINKE steht vor der Entscheidung, entweder diese Offensive mitzutragen oder aber Operationsbasis des gesellschaftlichen Widerstandes zu sein, in den Parlamenten wie außerhalb.

Zweitens machtpolitische Grundlage linker Politik sind die Interessen der Lohnabhängigen. Wenn die LINKE dies negiert, verdient sie diesen Namen nicht.

Linke Politik hat die Aufgabe, die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse zu verändern, die Sammlung der politischen Kräfte, die für die Interessen der Lohnabhängigen kämpfen, voran zu bringen. Sie hat in diesem Sinne die Machtfrage als Entwicklung von politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht zu stellen, über die gegebenen Zustände aufzuklären, Abwehrkämpfe gegen die jeweiligen Projekte neoliberaler Politik zu organisieren, den Kampf um konkrete Verbesserungen in den Parlamenten, auf der Straße und in den Betrieben zu führen. Mitregieren ist ein Irrweg, weil sie DIE LINKE als Linke entmachtet.

Drittens: Bestandteil neoliberaler Politik ist ein Illusionstheater um die Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie, „Macht auf Zeit“ zu vergeben. Politiker der LINKEN beteiligen sich an diesem Theater, wenn sie meinen, die Machtfrage zu stellen hieße in die Regierung zu gehen.

¹⁹ Sahra Wagenknecht, Linke Politik statt „Rot-Rot-Grün“, in: Thies Gleiss, Inge Höger, Lucy Redler, Sascha Stanicic, Die Linke und das Regieren, a. a. O., S. 214.

²⁰ Frank Deppe, Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften im Kapitalismus der Gegenwart, Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Z., Nr. 61, 2005, S. 10.

Wenn Politiker der LINKEN zehn Jahre nach der Konstituierung der Partei sich auf ein Mitregieren im Bund einlassen sollten, dann „erobern“ sie unter der gegebenen Kräfteverhältnissen nicht „ein Stück Macht“, sondern sie vollziehen den Brückenschlag zu den Regierenden und zur neoliberalen Politik, werden zum Bestandteil und zur Reserve des Herrschaftssystems. Mitregieren wird zur Integrationsfalle, konterkariert den Kampf um Gegenmacht.

Viertens: Die neoliberale Politik kann nicht einfach abgewählt werden, sondern muss in länger andauernden geschichtlichen Kämpfen um „Reform und Revolution“ gestoppt und bezwungen werden. Dabei spielen Wahlkämpfe eine wichtige, aber in der Regel eine begrenzte Rolle.

Dies kann dann als sozialistische Transformationsstrategie verstanden werden, wenn damit der Ausbau von Gegenmacht und die Bereitschaft zum Bruch mit der Macht des Kapitals gemeint ist. Wahlen sind im Unterschied zu ihrer Verklärung in der offiziellen Ideologie der Bundesrepublik nicht Quelle der politischen Macht des Volkes in der „Parteiendemokratie“. Sie sind ein Stimmungsbarometer für die Bereitschaft zur Gegenwehr. Aber in erster Linie sind sie eine Methode, mittels derer die Bundesregierung als geschäftsführender Ausschuss der Kapitalistenklasse gebildet wird: von miteinander konkurrierenden Eliten aus den etablierten Parteien. Die Regierung ist die Spitze des Staates und des Herrschaftssystems. Der Staat ist „lediglich ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine Kette von Befestigungswerken und Kasematten“²¹ liegt. Es existiert eine aus dem Widerspruch zwischen den Eigentümern der Produktionsbedingungen und den Eigentümern von bloßer Arbeitskraft hervor wachsende Herrschaftsstruktur (in den USA als „power structure“ oder „invisible government“ bezeichnet), ein Macht- und Rechtssystem, das dafür sorgt, dass auch eine Regierung mit linken Ministern vom Weg, die Interessen der Konzerne und Banken durchzusetzen, nicht abweicht.

²¹ Antonio Gramsci, Politischer Kampf und militärische Auseinandersetzung, Aufzeichnung aus dem Jahre 1930 bis 1934, in: Antonio Gramsci, Zur Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1980, S. 273.